
Bernd Hamm ■

Globalisierung und Stadtentwicklung

Die Verunsicherung über Gegenstand und Auftrag der Geographie ist groß (Schwarte/Winkelkötter 1999). Dass gerade jetzt eine neue Zeitschrift für Literatur und Diskussion dieses Faches gegründet wird, ist notwendig und zu begrüßen. Wenn ein Soziologe eingeladen wird, zu ihrem ersten Heft beizutragen, dann wird damit signalisiert, dass die Diskussion nicht im engen Kämmerlein der Geographie alleine stattfinden soll. Ich folge dieser Einladung gerne, bitte aber gleich zu Anfang um Verständnis und Nachsicht dafür, dass mir vieles aus der neueren Fachdebatte in der Geographie entgangen ist. Erwarten Sie also nicht, mich hier „auf dem neuesten Stand“ zu finden – zumal es zunehmend schwerfällt zu sagen, was das ist. Meine Argumente richten sich zuerst an mein eigenes Fach (dessen überwiegend borniertes und selbstgefälliges Desinteresse an den Entwicklungen der Welt ich verschiedentlich kritisiert habe, u.a. Hamm 1996, Kap. 1) – in welchem Maße sie auf die Geographie zutreffen, mögen GeographInnen entscheiden. Das Thema, das mir gestellt worden ist, eignet sich vorzüglich für eine solche Auseinandersetzung.

Ich möchte die Aufgabe in drei Schritten angehen: Zuerst soll es darum gehen, weshalb eine an sich ziemlich triviale Tatsache – die globale Bestimmtheit von Stadtentwicklung – so spät und so zögerlich Gegenstand wissenschaftlicher Befassung geworden ist, eine Meta-Perspektive also. Zweitens will ich in einem sehr lose gestrickten Bezugsrahmen einige der Elemente nennen, an denen sich diese Tatsache studieren ließe. Drittens schließlich will ich den Spieß umkehren und danach fragen, ob nicht globale Entwicklungen wesentlich von Entwicklungen in Städten abhängen, welche das sein mögen, und ob sich daraus Hinweise für Handeln gewinnen lassen. Die Absicht dahinter, mein Erkenntnisinteresse, besteht darin, die Fachdiskussion zu beeinflussen, uns allen wieder einmal die Frage zu stellen, wozu eigentlich gut ist, was wir tun bzw. umgekehrt: was wir tun sollten, damit es vielleicht gut und nützlich würde. Selbstverständlich wird das Widerspruch erregen – dazu ist eine Zeitschrift für Literatur und Diskussion schließlich da.

1 Diagnose

Die Tatsache ist uralte, und dennoch scheinen wir sie erst jetzt zu sehen: Natürlich waren Städte seit jeher Produkte von Weltentwicklung – wer wollte das bestreiten. Was wäre Rom ohne das Imperium Romanum gewesen, was Venedig oder Genua, was Augs-

burg oder Lübeck ohne den Welthandel, was Mexiko City oder Manila, was Bombay oder Lagos ohne die Herrschaft europäischer Kolonialherren? Irgendwie haben wir das ja auch immer gewusst. Als Saskia Sassen 1991 ihr Buch „Global Cities“ publizierte, hatte man daher nicht den Eindruck, als hätte eine bedeutende wissenschaftliche Entdeckung stattgefunden. Vielmehr fand etwas untergründig Bewusstes endlich Eingang in die wissenschaftliche Literatur, wo es lange Zeit nicht zu finden gewesen war; daher die Prominenz. Sassen beschäftigt sich freilich nicht mit den „globalen“ Bedingungen von Stadtentwicklung in einem allgemeinen, generalisierenden und damit theoretischen Sinn, sondern damit, dass den wenigen Global Cities an der Spitze einer vorgestellten Hierarchie Eigenschaften zugeschrieben werden, die an anderen Städten nicht oder zumindest in deutlich geringerem Ausmaß aufzufinden seien (was behauptet, aber nicht geprüft wird).

Wenn man den Beginn der modernen sozialwissenschaftlichen Stadtforschung mit den zwanziger Jahren ansetzt – die klassische Sozialökologie, die beginnenden Community Studies, vorbereitet durch Engels, Thünen und Booth –, dann lässt sich freilich nicht übersehen, dass von dort an bis ungefähr zur Mitte der siebziger Jahre Städte als relativ autonome Einheiten, als „soziale Totalitäten“ gesehen wurden. Bei den Community Studies schien dies Theorie, in der sozialökologischen Analyse war es Fakt, schon der „natural areas“ und ganz sicher der (statistischen) „social areas“ wegen, die eben über die (administrativ definierten) Stadtgrenzen nicht hinausreichen konnten und an denen auch Überlokales gar nicht zu erläutern war. Natürlich gab es immer Ausnahmen: Donald Bogue in seiner Dissertation von 1948, Svend Riemer mit seinem leider vergessenen Stadtbuch von 1952, in der Sozialökologie die neo-klassische Schule mit dem heuristischen Modell des „ecological complex“ (Duncan 1959), natürlich Lewis Mumford. In Deutschland warnte zuerst Hans Oswald (1962), den Bezugsrahmen für die Erklärung von Stadtentwicklung nicht zu eng zu fassen; überlokale Einflüsse, lokale Filterwirkungen machte er aus, eine nach wie vor treffende Formulierung. Natürlich gab es immer auch SozialwissenschaftlerInnen, die sich mit „Weltstädten“ (Hall 1966, Friedmann/Wolff 1982, Friedmann 1986), mit Städten in anderen Erdteilen oder mit dem Prozess der weltweiten Verstädterung beschäftigten. Schon in ihrem Beitrag von 1982 wiesen Friedmann/Wolff darauf hin, dass in den Global Cities, genauer: den dort angesiedelten Hauptsitzen der transnationalen Unternehmen, die Informationen aus den über den ganzen Erdball verteilten Produktions- und Dienstleistungsbetrieben zusammenfließen, Daten ausgewertet und beurteilt, Abläufe koordiniert und die entscheidenden Kontroll- und Steuerungsaufgaben geleistet werden, um das reibungslose und profitable Funktionieren des Systems sicherzustellen. Und es war ebenfalls John Friedmann (1986), der Kriterien für die Abbildung eines differenzierten hierarchischen Systems von Städten vorschlug. Aber dies waren in der empirischen Stadtforschung eher Randerscheinungen. Die überlokal bedingten Faktoren, über die wirklich argumentiert oder gar geforscht wurde, beschränkten sich auf sehr wenige, im Vordergrund das Stadtwachstum und damit zusammenhängend Migration, seltener die Industrialisierung. Atteslander und Hamm (1974) waren verun-

sichert genug, nicht mehr von „Stadtsoziologie“, sondern *faute de mieux* von „Siedlungssoziologie“ zu sprechen und verallgemeinernd ein „Raum-Verhalten-System“ als deren Gegenstand vorzuschlagen. Aber dies alles hat in der empirischen Stadtforschung keine wirkliche Rolle gespielt. Die beschäftigte sich nahezu ausschließlich mit dem Innenleben der Städte. Burgess untersuchte in seinem berühmten Beitrag das „Growth of the City“, fragte aber nicht danach, woher dieses Wachstum komme; dem Chicago der zwanziger Jahre war überbordendes Wachstum die beherrschende Erfahrung. Seine Hypothese entwarf idealtypisch, auf welche Weise die Binnenstruktur von Städten auf Wachstum reagiert, war also eine Prozesshypothese. Erst später wurde sie zu dem mehr oder weniger statischen Strukturmodell der „konzentrischen Zonen“ verniedlicht und vor allem als solches Gegenstand heftiger Kontroversen. Erst die „New Urban Social Science“ der siebziger Jahre begann, sich mit Weltsystem und Dependencia zu beschäftigen (Castells 1973, Portes/Browning 1976), und erst David Harvey (1973) und die „radical geography“ haben die Frage aufgeworfen, wozu das Wissen darüber gut sei. In ihrem Gefolge war der Vorschlag von Saskia Sassen weder neu noch spektakulär.

Im Nachdenken darüber, wie diese doch erstaunliche Verkürzung aufs Lokale zu erklären sei, scheinen mir zwei Argumente interessant:

Das erste ist ein wissenschaftssoziologisches, versteht Wissenschaft als soziales System und interessiert sich für den Einfluss, der von diesem Charakter als „sozial“ auf die Inhalte des Wissens ausgeht. Die Stadtentwicklungstheorie, zumal die sozialökologische, die ja auch die internationale Debatte jahrzehntelang dominiert hat, hatte einen besonderen Vorteil, der sonst in den Sozialwissenschaften selten zu finden ist. Sie baute auf wenigen überschaubaren Theorieentwürfen auf (Thünen, Burgess, Shevky und Bell), über die sich streiten ließ (die Kontroversen um konzentrische Zonen vs. Sektoren vs. Polyzentrik als räumliche Verteilungsmuster bzw. um sozioökonomischen Status, Position im Lebenszyklus und ethnischen Status als wichtigste Differenzierungskriterien), die sich auch operationalisieren und quantitativ-empirisch überprüfen ließen (und ich erspare mir jetzt, all die Fehler und Unzulänglichkeiten, die dabei aufgetreten sind, noch einmal zu nennen, vgl. Hamm 1982). Es gab ausreichend Raum für die Generierung neuer Hypothesen (z.B. neoklassische vs. sozio-kulturelle vs. Sozialraumanalyse-Schule), es gab auch einen methodischen Standard, hinter den man nicht zurückfallen durfte, wenn man in referierten Zeitschriften auftreten wollte (nach 1955 multivariate deskriptive Statistik, vor allem Faktorenanalyse). Eine überschaubare internationale Gruppe von WissenschaftlerInnen, die sich mit solchen Fragen professionell beschäftigten, kannte sich, tauschte Papiere untereinander aus und kommentierte sie und traf sich regelmäßig im Research Committee on Social Ecology der International Sociological Association. Es gab Konsens darüber, was Stand der Forschung sei, die Literatur war überblickbar, die geklärten Fragen konnten abgehakt, die ungeklärten wenigstens definiert werden, und damit beschäftigte sich dann auch jemand. Es gab also einen Prozess des systematischen, kumulativen Wissenserwerbs, und der erreichte Stand

wurde regelmäßig synthetisiert und publiziert (Quinn 1950, Theodorson 1961, 1982).

Das war aber wahrscheinlich nur deshalb möglich, weil wir uns in einem Bereich bewegt haben, der theoretisch nicht überaus anspruchsvoll war, dem ein unbestrittener Konsens darüber zu Grunde lag, was Forschungsgegenstand sei (eben die inneren Ent-

wicklungsgesetze der Stadt in ihren administrativen, auf alle Fälle aber doch in ihren statistischen Grenzen), eine klar eingrenz-

Stadt als Objekt und als Paradigma

bare Problematik. Die Vermutung, die wie auch immer bewirkte weltweite Ausbreitung des Kapitalismus amerikanischer Prägung werde zu einer Angleichung der Stadtentwicklung an das amerikanische Muster führen (Konvergenzhypothese) blieb meist unausgesprochen, wurde aber von den meisten ForscherInnen geteilt.

Ähnliche Entwicklungen gab es z.B. im Bereich der Soziologie der kommunalen Machtstrukturen, des abweichenden Verhaltens oder der Industriosociologie, also in anderen Theorien mittlerer Reichweite. Die Frage, wie solche Theorien mittlerer Reichweite einmal auf sukzessive höheren Ebenen aggregiert und zu Theorien größerer Allgemeinheit integriert werden könnten, ist nicht wirklich gestellt worden. „Stadt als Objekt und als Paradigma“ wurde zwar angesprochen (Andersen 1961; in der Taschenbuchausgabe des Handbuchs der empirischen Sozialforschung tauchte dieser Beitrag nicht mehr auf), aber auch das blieb folgenlos, zumindest für die Empirie. Peter Saunders (1981) hat die Frage wieder aufgegriffen, freilich ohne sich auf diesen Aufsatz zu beziehen und auch ohne einer befriedigenden Antwort näher zu kommen. Die Aggregation wäre nur möglich gewesen bei einer Verständigung zumindest über eine Skizze einer „großen Theorie“ (Modernisierung, Weltsystem etc.), aber die gab es nicht. Die Stadt-SozialwissenschaftlerInnen waren dazu zu pragmatisch und auch zu sehr fasziniert von den Entwicklungen im eigenen engeren Umkreis. Auf alle Fälle war die Global-Lokal-Problematik dafür zu komplex, zu diffus, zu wenig begrenzt. Die ganz wenigen Untersuchungen, die hier z.B. zum Ökologischen Komplex publiziert worden sind (u.a. Duncan 1959, Gibbs/Martin 1958, 1959, 1962, Sly 1972) sind übrigens überaus anregend, freilich wenig beachtet geblieben (wie ja überhaupt im Bereich der neo-klassischen Sozialökologie viele Anknüpfungspunkte an heute aktuelle Themen zu finden wären, machte man sich nur die Mühe, danach zu suchen).

Mir scheint, dass vieles davon heute kaum mehr gilt. Die großen Theorieentwürfe, die heute diskutiert werden, die Theorie sozialer Systeme, die Theorie kommunikativen Handelns, die Individualisierungsthese (wenn man dieser den Status einer Theorie zubilligen will), die Modernisierungstheorie sind zum einen auf einem Abstraktionsniveau formuliert, das sich mit Theorien oder Untersuchungen mittlerer Abstraktion entweder kaum noch oder aber beliebig verknüpfen lässt. Sie haben mit „wirklicher“, also beobachtbarer, erlebbarer Gesellschaft und mit ihren drängenden Problemen nahezu nichts zu tun, die Frage nach ihren jeweiligen empirischen Referenten lassen sie unbeantwortet.

Es handelt sich kaum um systematische Wissensakkumulation, mehr um Moden, um die Hoffnung auf Aufmerksamkeit, die mit eingängigen Schlagworten eifrig gesucht wird: Autopoiesis, herrschaftsfreier Diskurs, Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft etc. Die Allerklärungsansprüche der Autoren gründen mehr auf Inhaltsleere als auf dem Bezug zu irgendeiner empirisch vorfindbaren Realität (ich will davon die Weltsystemtheorie deshalb ausnehmen, weil sie im Rahmen einer minutiösen historischen Analyse der Entstehung des Kapitalismus entwickelt wurde und daher stets in einen einsehbaren Zusammenhang mit dem Hier und Jetzt gebracht werden kann). EinzelkämpferInnen beherrschen das Feld; dagegen ist systematische, kooperative Wissensakkumulation selten geworden. Es geht weniger um Einsichten in die Wirklichkeit und Verständnis der Faktoren, durch die sie bestimmt wird, sondern um Prominenz. Primadonnengehabe verträgt sich schlecht mit gemeinsamer Arbeit an einem Problem, die schnelle und schicke Formulierung zitiert sich leichter als ein mühsam umkämpftes Argument, und Verlagen, die ohnehin nur noch ausnahmsweise mit einem kompetenten Lektorat arbeiten, ist ein schnell verkaufsträchtiger Titel wichtiger als der konsequent durchgearbeitete Inhalt. Das muss natürlich Folgen haben: In der Tat ist es heute unmöglich geworden, in der unendlichen Flut dessen, was zu einem Thema (zupal im Internet) produziert wird, Relevantes von Belanglosem zu unterscheiden, gar auf dem „aktuellen Stand der Literatur“ zu bleiben, und es bleibt Zufällen, Freunden oder Zitierkartellen überlassen, was da an die Oberfläche gespült wird. Es bleibt auch ziemlich zufällig, mit welcher bestehenden Forschung sich einE AutorIn auseinandergesetzt hat oder nicht – die RezensentInnen und LeserInnen scheinen darauf kaum mehr zu achten. Der Wissenschaftsbetrieb selber mit seiner zunehmenden Amerikanisierung und den daraus folgenden Publikationszwängen führt dazu, dass es immer zeitaufwendiger wird, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Das zweite Argument hat mit einem methodischen Wandel zu tun, den Dietrich Bartels (1970) als die „Quantitative Revolution in der Geographie“ bezeichnet hatte – ein Begriff, der sich auf alle Sozialwissenschaften ausdehnen lässt. Bis in die sechziger Jahre hinein bestand in den Sozialwissenschaften ein klares, wenn auch zuweilen neidvolles Bewusstsein ihrer qualitativen Unterschiedlichkeit zu den Naturwissenschaften und, daraus folgend, auch ihrer unterschiedlichen methodischen Vorgehensweise. Dies lässt sich zuspitzen in der Aussage, dass Experimente als wissenschaftliche Methode der Gesellschaftswissenschaften ethisch nicht zulässig sind. Die Vorgehensweise war, heute würden wir sagen: qualitativ. Quantifizierende Aussagen gab es, aber sie spielten nicht die zentrale Rolle und sie bewegten sich, was ihre methodische Raffinesse angeht, auf dem Niveau von Vierfeldertafeln und einzelnen Korrelationskoeffizienten, die oft noch von Hand gerechnet wurden (man erinnere sich etwa an die Darmstadt-Studie oder an die zahlreichen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund). Als Wahrheitsbeweis wurde entweder unmittelbar einleuchtende Plausibilität oder die Berufung auf einen Klassiker akzeptiert. Das hat sich mit der Quantitativen Revolution der sechziger Jahre gründlich geändert. Innerhalb weniger Jahre wurde quantifizierende Beweisführung zum vorherr-

schenden, gar von vielen einzig akzeptierten methodischen Instrument, der statistische Signifikanztest zum einzig zugelassenen Wahrheitsbeweis. Die Raffinesse der statistischen Analyse wurde zum Ausweis für wissenschaftliche Qualität und in vielen Projekten und Publikationen wurde weit mehr Sorgfalt auf die mathematische Ableitung der Analyseinstrumente als auf die Explikation der Theorie oder die Validierung der Daten gelegt.

Natürlich war die Verbreitung von Computern dafür wesentlich mitverantwortlich – so sehr, dass ich versucht bin zu fragen, ob nicht der Computer, genauer: die dahinter stehende oligopolistische Angebotsstruktur und ihre erfolgreichen Marketingstrategien erst unser Wahrheitsverständnis so eingeengt haben, dass wir andere als quantitative Argumente kaum mehr zulassen. Nun ging es nicht mehr um einzelne Korrelationskoeffizienten, die mühsam aus Zahlenreihen herausgerechnet werden mussten – nun ging es um Korrelationsmatrizen von z.T. gewaltigen Ausmaßen, die schnell und meist ohne weitere Aufmerksamkeit gleich den fortgeschritteneren Algorithmen der multivariaten Statistik und ihren zahlreichen Verästelungen anheimgegeben wurden. Dieser stillschweigend durchgesetzte Paradigmenwechsel hat übrigens nur wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Überwiegend wurde er als gradueller Wandel erlebt – erst ex post und mit einigem Abstand wird darin eine qualitative Veränderung erkennbar. Dabei geht es nicht nur darum, dass wir seither mit (für sozialwissenschaftliche Verhältnisse) gewaltigen Summen riesige Datenarchive und die dazu gehörende Infrastrukturen (GESIS, GIS) aufgebaut und mit dieser Förderung klare Akzentuierungen vorgenommen haben. Tatsächlich hat sich die Vorstellung von Wahrheit verändert, sind vorher zulässige Wahrheitsbeweise ausgeschlossen und ist der statistische, der bis anhin eine untergeordnete Rolle spielte, zum einzig gültigen erklärt worden. Dabei werden die Unzulänglichkeiten der analytisch-positivistisch-quantifizierenden Argumentation kaum diskutiert. Diese folgenschwere Entscheidung wurde nicht etwa auf einer Vollversammlung der SozialwissenschaftlerInnen nach eingehender Debatte beschlossen, sondern unmerklich durchgesetzt. Nachdem ich mich viele Jahre lang selbst diesem Diktat zur Quantomanie gebeugt hatte, sind mir zunehmend Zweifel gekommen: Wie oft haben wir mit solch schweren methodischen Kanonen auf theoretische Spatzen geschossen? Dient die quantifizierende Argumentation nicht oft dazu, eine Eindeutigkeit und Präzision der Aussage vorzugaukeln, die in Wirklichkeit gar nicht zu erreichen ist? In welchem Verhältnis stehen wir als Forschende zu den „Objekten“ unserer Forschungen? Für wen, für wessen Nutzen produzieren wir, was wir für wissenschaftliche Erkenntnis halten? Diese späten Einsichten waren übrigens der wichtigste Grund dafür, dass meine Arbeitsgruppe die Ergebnisse unseres DFG-Forschungsprojektes Comparative Urban Structure (1981-86) nie publiziert hat (Hamm 1987).

Beispielen von besinnungsloser Quantomanie begegnet man inzwischen fortwährend. Die Kritik daran müsste sich einmal mit der Qualität der Daten, zum anderen aber auch mit der Logik der statistischen Analyse beschäftigen. Ohne darauf näher eingehen zu können will ich doch auf zwei Beispiele hinweisen: Wer es fertigbringt, z.B. die

Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit unkommentiert als sozialwissenschaftlich relevante Größen anzunehmen und zu verbreiten, wer es versäumt, darauf hinzuweisen, warum und in welchem Ausmaß damit die tatsächliche Arbeitslosigkeit unterschätzt wird (ich denke hier an den alle zwei Jahre erscheinenden „Datenreport“, den das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Wissenschaftszentrum und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen herausgibt), handelt unverantwortlich und disqualifiziert sich wissenschaftlich. Auch auf die miserable Qualität vieler internationaler Statistiken, z.B. der Daten des Weltbankberichtes, die sich besonderer Vorliebe unter makroanalytisch orientierten SozialwissenschaftlerInnen erfreuen, ist hinzuweisen. Die Zahlen zur Einkommensverteilung nach Quintilen, die der Weltbank-Bericht alljährlich veröffentlicht, sind wenig mehr

Es wird schnell vergessen, dass selbst die vermeintlich „härtesten“ sozialwissenschaftlichen Daten höchst problematisch sind

als Kaffeesatzleserei: Nicht nur ist die Erhebung solcher Daten höchst problematisch; in vielen Gesellschaften, ja wahrscheinlich in ihrer Mehrzahl ist monetäres Einkommen nur eine mäßig bedeutsame, z.T. eine nahezu irrelevante Größe. Zu schnell wird vergessen, dass selbst die vermeintlich „härtesten“ sozialwissenschaftlichen Daten an sich schon problematisch sind. So werden z.B. die Geburten- und Sterbefälle für mehr als 70 Länder keineswegs dort aus den Zivilstandsregistern erhoben, sondern von der United Nations Population Division geschätzt, bevor sie dann im UN-System als maßgebliche Datengrundlage verwendet und publiziert werden. Ähnlich ließe sich die Validität anderer Daten anzweifeln. Die Debatte z.B. über den Wert des Sozialprodukts als Wohlstandsindikator ist inzwischen dreißig Jahre alt, ohne dass sich erkennbare Folgen in der Sozialforschung nachweisen ließen. Die Qualität der Daten, an denen dann oft komplizierteste tautologische Umformungen vorgenommen werden, um irgendeine Wahrheit herauszurechnen und per Signifikanztest zu beweisen, ist oftmals miserabel. Die Neigung, sich eben auf die Zahlen zu stützen, die nun mal publiziert werden, und ihren Wert nicht weiter zu hinterfragen, ist zwar verständlich, aber sie macht die Forschungsergebnisse nicht besser.

Diese Neigung hat sicherlich erheblich dazu beigetragen, dass empirische Stadtforschung durchgehend im Rahmen der administrativen Grenzen der Städte blieb, weil eben „bessere“ Daten nicht vorliegen. Die sozialökologische Stadtforschung hat sich, um ein augenfälliges Beispiel zu nennen, darauf verständigt, die Binnenstruktur von Städten in den Dimensionen Sozialer Status, Stellung im Familienzyklus und Ethnischer Status (also faktisch nicht die Struktur von Städten, sondern nur einen ihrer Aspekte: die soziale Segregation der Wohnbevölkerung) zu beschreiben; einige hundert empirische Untersuchungen stützen diese Annahme (Hamm 1982). Aber selten ist darüber diskutiert worden, dass Bodenpreis oder Art und Ausmaß der Bodennutzung oder Erschließungsqualität womöglich (theoretisch) wichtige Größen seien – die Daten dazu sind in den amtlichen Volks- und Wohnungszählungen nicht aufzufinden.

Der Hinweis darauf, dass sich global-lokale Zusammenhänge so schwer quantifizieren lassen, mag dazu beitragen zu erhellen, dass solche Fragen eben selten Gegenstand empirischer Forschung wurden. Das liegt nicht daran, dass sie nicht theoretisch bedeutend oder den ForscherInnen nicht bewusst wären – nur sind sie eben einem derart verengten Wissenschafts- und Empiriebegriff nicht so leicht zugänglich.

Je schwieriger die Explikation von vermuteten Zusammenhängen, je komplizierter die statistischen Umformungen der Daten werden, umso weniger wissen wir, was wir da eigentlich über die Wirklichkeit erfahren. Was tun wir logisch, wenn wir soziale Zusammenhänge in Zahlen beschreiben und soziale Beziehungen durch Zusammenhänge zwischen Zahlen substituieren? Welche Informationen gewinnen wir auf diesem Weg – und welche blenden wir aus? Welche methodologischen Alternativen werden auf diese Weise versperrt? Welche Theorieentwürfe lassen sich auf quantifizierende Weise prüfen – und welche nicht? Unterwerfen wir uns damit nicht einer überaus einseitigen Wahrnehmung der Wirklichkeit, die wir angeblich so objektiv und wertfrei analysieren wollen, und welche Interpretation begünstigt, welche benachteiligt sie? Ist nicht auf diese Weise ein (westliches, kapitalistisches, positivistisches – und welche Zusammenhänge gibt es zwischen diesen?) Wissenschaftsverständnis imperialistisch durchgesetzt worden, das weniger der Wahrheitsfindung als vielmehr den Profitinteressen der Computermonopole und dem auch intellektuellen Hegemoniestreben der reichen Länder nützt?

Verallgemeinernd: Was Gegenstand wissenschaftlicher Befassung wird, erklärt sich nicht so sehr aus der „Natur der Sache“ sondern vielmehr aus dem sozialen Prozess, in dem eine „scientific community“ etwas als relevant definiert. Neuerdings wird dieser Vorgang als „Diskurs“ mit höheren Weihen als Beitrag zur Wahrheitsfindung geadelt – statt wissens- und wissenschaftssoziologisch auf seine meist trivialen Ursprünge zurückgeführt zu werden. Und weiter: Was die positivistisch-analytisch-quantifizierende Forschungslogik nicht zu fassen vermag, hat allein deshalb wenig Chancen, in den Kreis der als relevant definierten Themen aufgenommen zu werden, selbst wenn es „auf der Hand liegt“. Beides zusammen hat zu der Tendenz geführt, den Gegenstand „Stadt“ aus seiner Umwelt herauszulösen. Die Vorstellung, ein „Objekt“ ließe sich auf irgendeine Weise klinisch sauber und exakt von seiner „Umwelt“ isolieren, hat Folgen: Sie versperrt theoretisch den Weg zu Warum-Fragen, zu Erklärungen. Wer insistiert, ein politisches ließe sich von einem ökonomischen Subsystem von Gesellschaft trennen und getrennt analysieren, versperrt den Blick auf die Wirklichkeit und riskiert, statt Wissenschaft Ideologie zu produzieren.

Es sind wissenschaftsinterne Phänomene verantwortlich dafür, dass Stadtforschung sich des an sich trivialen Zusammenhangs zwischen globalen Entwicklungen und lokalen Effekten so spät und so ungenügend angenommen hat. Akademische Qualitäts- und Bewährungskriterien scheren sich meist wenig um praktische Relevanz und Wirklichkeitsnähe. Das gilt nicht nur für die Stadtforschung. Noch immer ist es möglich, dass Menschen z.B. politische Soziologie unterrichten, die niemals an einer Parlamentssitzung teilge-

nommen haben, Soziologie der Arbeit, ohne jemals einen industriellen Arbeitsplatz aus der Nähe gesehen zu haben. Akademisch honoriert wird, wer Gesellschaft in erster Linie aus Büchern und Statistiken kennt. Im eigenen Fach findet Anerkennung, wer sich um die Bemühungen anderer Fächer um den gleichen Gegenstand möglichst wenig kümmert. Und noch immer gilt das Interesse an gesellschaftlicher Praxis vielen als unfein, als echter akademischer Beschäftigung unwürdig.

Die begrüßenswerte Befreiung von immer mehr Menschen von „Arbeit am Objekt“ und zu „Arbeit über das Objekt“ wird zwangsläufig die Zahl derer erhöhen, die hoffen, auf dem (noch) gesicherten Boden akademischer Privilegien ihr Leben fristen zu können. Bisher sind wir dadurch kaum klüger geworden, haben kaum „bessere“ Einsichten gewonnen und gewiss keine „besseren“ Entscheidungen getroffen. Auf alle Fälle aber produzieren wir mehr „Information“, über deren Nutzen immer weniger entschieden werden kann. Wenn das so ist, dann scheint es sinnvoll anzunehmen, dass diese Information weniger im Interesse an Einsichten in die Wirklichkeit, zunehmend im Interesse der ohnehin herrschenden Mächte, die solchen Eifer bezahlen, produziert wird. Aus heutiger Sicht und in polemischer Überspitzung mag dies zu Wissenschaft als Veranstaltung zur Verschleierung von Wirklichkeit beitragen. Auch die „Selbstverwaltung der Wissenschaft“ in ihren Förderungsinstitutionen wirkt nicht als Korrektiv, weil sie doch immer vor allem den Mainstream belohnt.

2 Globale Einflüsse auf die Stadtentwicklung

2.1 Die Logik der Global Cities-Hypothese

Die globale „Städtehierarchie“ ist der *dernier cri*. An der Standortwahl der Hauptsitze transnationaler Unternehmen, an der Anzahl internationaler Organisationen, am Wachstum des Dienstleistungssektors, an den Flug- und Telekommunikationsverbindungen, an der Bevölkerungsgröße wird festgestellt, dass an der Spitze dieser vermuteten weltweiten Hierarchie (wie könnte es anders sein!?) New York steht, gefolgt von einem halben Dutzend anderer Global Cities, die im Wettbewerb um Standortgunst bestehen, während die vielen anderen exponentiell in die Bedeutungslosigkeit absinken und weitere Aufmerksamkeit auch kaum verdienen. Das klingt ein wenig nach aufgewärmtem und vor-schnell generalisierendem Zentrale-Orte-Denken. Die Global Cities, so wird argumentiert, sind eine Klasse besonderer Qualität, in denen folglich auch eine besondere Art der Entwicklungsverläufe und der sozialräumlichen Binnendifferenzierung nachzuweisen sei (Sassen 1991).

Dabei wird die Welt als Einheit, als Weltgesellschaft, unterstellt, in der eine einzige solche Hierarchie aufzufinden sei. Diese Hierarchie wird als Abstufung von Machtunterschieden vorgestellt: Die jeweils obere Kategorie ist in der Lage, die Entwicklungsbedingungen und -prozesse der jeweils unteren Kategorie zu kontrollieren und sich den Zugriff

auf die wesentlichen Privilegien des Systems auf Kosten der subordinierten Einheiten zu sichern. Deshalb ist es so wichtig, zur Spitzengruppe zu gehören („eat lunch or be lunch“, wie das primitive Motto der in den USA so gängigen kryptokapitalistischen Propaganda heißt). Städte müssen versuchen, möglichst viele „global players“ an sich zu binden, um an der Spitze der Hierarchie bleiben zu können. Global Cities seien, der dort vorfindbaren Konzentration von Headquarterfunktionen transnationaler Unternehmen wegen, Steuerungscentren der Weltwirtschaft. Am unteren Ende der Hierarchie stehen die „Ausführungsstädte“ als Standorte extern kontrollierter Produktion (Läpple 1998, 201). Darunter, oder in anderen Funktionen, gibt es nichts, was auch nur der Erwähnung wert wäre.

Sassen argumentiert weiter, dass sich in Global Cities ein drastischer Wandel der Sozialstruktur vollziehe, charakterisiert durch polarisierende Einkommensverteilung, Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und neue Formen der Immigration. Im Sinn der Hierachievorstellung ist also eine signifikant positive Korrelation zwischen diesen Variablen und dem Grad der Globalität einer Stadt zu vermuten. Dies aber ist, weil die Untersuchung sich auf die drei Städte New York, London und Tokio beschränkt (und manches dafür spricht, dass mit einiger Sorgfalt nur New York untersucht wurde, wo die Autorin lebte), an ihrem eigenen empirischen Material gar nicht zu demonstrieren. Damit muss auch offen bleiben, ob die Vermutung einer einzigen globalen Städtehierarchie mehr ist als ein weiterer Beleg für das ethnozentrisch beschränkte Interesse, das man in den USA überwiegend für den Rest der Welt aufbringt, also an der Triade (Nordamerika, Japan, Europa) bzw. an den Konkurrenten Amerikas auf den Weltmärkten.

Allerdings fehlen Argumente dafür, was denn der Sinn einer solchen Städtehierarchie – liebe sie sich konstruieren, aber das können wir ja, handelt es sich doch um ein bloß klassifikatorisches Problem – sei, wozu sie gut sein könnte. Und es fehlen Belege dafür, dass die hierarchischen Abstufungen tatsächlich etwas mit Macht zu tun haben, wie solche Macht ausgeübt werde und zu wessen Gunsten und auf wessen Kosten sie sich auswirke. Für Frankfurt z.B. mag es hübsch sein, regelmäßig in der Spitzengruppe mitgenannt zu werden, aber wer in dieser Stadt, die aus Finanznot schon die Brunnen im öffentlichen Raum von privaten Unternehmen sponsorn lässt, hat eigentlich etwas davon?

Häußermann und Roost (1998, 87ff.) haben weitere gegen diesen Entwurf vorgebrachte Kritik zusammengefasst:

- die Aussagen über den Wandel von sekundärer zu tertiärer Beschäftigung und über Immigration träfe für alle größeren Städte am Ende des 20. Jahrhunderts zu, unabhängig von ihrer Position in der Global Cities-Hierarchie;
- Polarisierungen von Arbeitsmarkt und Einkommen seien auch in Städten anzutreffen, die alles andere als Knotenpunkte globaler Finanzströme seien;
- es gebe weder theoretisch noch empirisch ausreichende Begründungen dafür, warum es zu der behaupteten innerstädtischen Konzentration von Finanzdienstleistungen kommen muss;

- keine Stadt sei unvermittelt den Kräften der Globalisierung ausgesetzt, in allen Städten fänden sich vielmehr spezifische Bedingungen, die als Filter dagegen wirken, dass sich die „entfesselten Kräfte des Weltmarkts unmittelbar in die Lebenswirklichkeit der Bewohner umsetzen“.

Die Logik bei Sassen ist neo-liberal: nur wer genug strampelt, genug knappe Ressourcen einsetzt (und anderen Zwecken entzieht), um genügend Hauptsitze, angelockt durch Führungsvorteile, an sich zu binden, nur der verdient die Position in den oberen Rängen der Städtehierarchie, und das ist das eigentlich Erstrebenswerte. Stadt als der Raum, in dem Menschen ihr Leben zubringen, interessiert nicht – nur Stadt als der Ort, an dem sich Standortqualitäten so bündeln, dass sie mehr oder weniger attraktiv für transnationale Unternehmen sind, Stadt letztlich als Profitquelle für Shareholder. Damit ist die Aufforderung verbunden, die Städte fit zu machen für den globalen Standortwettbewerb. Was die Manager suchen, lässt sich klar definieren: gute Infrastruktur, hohen Unterhaltungswert, Sicherheit. Die Oberpolizisten von New York reisen durch die Weltstädte und erklären, wie sich die Kleinkriminellen besser unter Kontrolle bringen lassen, und an Singapore lässt sich lernen, wie man die Löhne drückt. Benchmarking wird die bevorzugte Methode der Stadtentwicklung. Diese Logik hat sich inzwischen selbst bis in Kleinstädte durchgesetzt, in denen leicht beeinflussbare BürgermeisterInnen von Technologie- und Gründerzentren träumen, ohne auch nur eine Ahnung davon, ob danach eine Nachfrage besteht. Das hat viel mit Marktforschung, das hat auch viel mit Ideologie, es hat auch mit Globalisierung, aber es hat wenig mit Sozialwissenschaft zu tun, und mit kritischer schon gar nichts.

2.2 Globalisierung

Gibt es – jenseits einer normativen Forderung, die ich in vielen Aspekten teile – diese eine Welt als empirisches Faktum? Und wenn nicht als Faktum, dann vielleicht wenigstens als Prozess, an dessen Verlauf wir teilhaben? Was ist das: Globalisierung?

„Globalisierung“ meint eine neue Qualität internationaler Verflechtungen: Wer von „internationalen Verflechtungen“ spricht, denkt an nationalstaatlich gebundene Akteure und den Austausch, der zwischen ihnen stattfindet. Bei „Globalisierung“ bestimmt das Verflechtungsmuster das Handeln dieser Akteure mehr als umgekehrt. Wenn vorher unabhängige Nationalstaaten die wichtigsten Akteure waren, so sind es jetzt zusätzlich Transnationale Unternehmen (TNU); eine zunehmend wichtige Rolle spielen supranationale (z.B. die Europäische Union) und internationale (z.B. der Internationale Währungsfonds) Organisationen, selbst wenn sie nur (z.B. die Weltwirtschaftsgipfel der G 7) informellen Charakter haben. Das Geflecht internationaler Vereinbarungen und Regime wird dichter (z.B. das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT, seit 1995 Welthandelsorganisation WTO, die Osterweiterung von NATO und der EU, die Selbstmandatierung der NATO im Gefolge des Kosovo-Konfliktes).

Die Vorstellung, mit diesem Vorgang werde der Nationalstaat hinfällig, ist falsch. Der Nationalstaat als Steuerungseinheit wird unter Bedingungen der Globalisierung nicht überflüssig, sondern gerade da besonders gefordert: Als schwacher Staat ist er insbesondere da schwach, wo er seinen BürgerInnen Leistungen zugesagt hatte. Was als Verlust von Steuerungsfähigkeit erscheint, ist teils der bewußte Verzicht darauf (Deregulierung), teils Folge einer enormen Staatsverschuldung (Privatisierung, Sozialabbau). Als starker Staat muß er jedoch die Forderungen der globalisierten Wirtschaft nach innen durchsetzen: Er soll für gut ausgebaute Infrastruktur, Rechtssicherheit, gut ausgebildete Arbeitskräfte und möglichst geringe Kostenbelastung der Unternehmen sorgen, soziale Spannungen unter Kontrolle halten und in den internationalen Organisationen auf Umstände hinwirken, die den TNU möglichst günstig sind. Über das Argument, nur so sei Beschäftigung zu sichern, lässt sich dies in WählerInnenstimmen ummünzen. Dies bestimmt seine Handlungsspielräume nach innen.

TNU tragen bereits ein Drittel zum Weltsozialprodukt bei; etwas weniger als ein Drittel des gesamten Welthandels findet nur noch unternehmensintern statt. Beinahe der gesamte Außenhandel beispielsweise der USA oder Großbritanniens liegt in Obhut von TNU. Unter den 100 größten TNU sind 26 amerikanischer Herkunft, 16 japanischer, zwölf französischer und jeweils neun britischer und deutscher; acht weitere entstammen anderen EU-Ländern (EU insgesamt: 38 TNU), 17 anderen OECD-Ländern: Sie operieren in erster Linie von den Industrieländern aus und sind durch umfangreiche Filialisierung nahezu flächendeckend aktiv. TNU sind nur mäßig arbeitsplatzrelevant: Lediglich für drei Prozent der ökonomisch aktiven Weltbevölkerung entstehen Arbeitsplätze, von denen mehr als vier Fünftel auf Industrieländer entfallen.

Regierungen und Städte umwerben die TNU in der Hoffnung auf Investitionen, Beschäftigung und Steuern. Nur wenige profitieren jedoch direkt von den Gewinnspannen der „Hochwertproduktion“. Wo technologieärmere Produkte hergestellt werden (aber mehr Menschen beschäftigt sind), entsteht innerhalb und zwischen den Volkswirtschaften ein radikaler Kostenwettbewerb (der die Löhne drückt). Nicht-Industrieländer können zwar Billiglöhne anbieten, aber nicht die hochwertigen Vorleistungen, die für TNU von Interesse sind. Die weltweite Polarisierung verstärkt sich weiter. Die Industrieländer bilden supranationale Wirtschaftsblöcke (EU, NAFTA, APEC: die Triade), die das „Arbeitsklima“ für TNU weiter verbessern. Sozial- und Umweltstandards werden auf kleinstem gemeinsamem Nenner vereinheitlicht. Der Welthandel ist verantwortlich dafür, daß sich die „dirty industries“ (Kohle, Stahl usw.) in Billiglohnländer verlagern können.

Die Internationalisierung der Produktion findet durch Auslandsdirektinvestitionen (ADI) statt, die im Ausland Realkapital (z.B. Tochterunternehmen) schaffen. So werden Absatz-, Beschaffungsmärkte und Rohstoffquellen vor Ort gesichert. Regionale Unterschiede in Produktionskosten (z.B. Löhne) und staatlichen Regulierungen (z.B. Umweltauflagen, Besteuerung) werden ausgenutzt und protektionistische Maßnahmen unterlaufen. Zu Beginn der achtziger Jahre entwickeln sich ADI mit Zuwachsraten von

jährlich zehn Prozent, in der zweiten Hälfte sogar von 15 %; teilweise von 30 %. Die ADI konzentrieren sich regional auf die Wirtschaftsblöcke EU, Nordamerika, Japan/Pazifik. Die Entwicklungsländer spielen als Zielort nur eine geringe Rolle; unter den wenigen Ausnahmen sind vor allem die Sonderwirtschaftszonen der Volksrepublik China hervorzuheben.

Aber nur zehn Prozent der gesamten Auslandsvermögen sind ADI, neunzig Prozent sind reine Finanzinvestitionen (Devisen- und Wertpapierkäufe). Dabei sind Zinsen, Wechselkurse, die Entscheidungen anderer Anleger für die eigene Anlageentscheidung relevant. Das Interesse gilt den höchsten finanziellen Renditen, die aus Rationalisierung und Entlassungen, Öko- und Sozialdumping, selbst semilegalen oder kriminellen Geschäften oder Spekulationsblasen resultieren können. Die „launischen“ Finanzmärkte gewinnen im internationalen Wettbewerb zunehmend an Gewicht: Die grenzüberschreitenden Finanzströme

Nach wie vor sind die nationalen Regierungen die wichtigsten Akteure der Weltpolitik

übertreffen die grenzüberschreitenden Warenströme um ein Vielfaches. Dafür sind auch Spekulationen verantwortlich, die unter Umständen das internationale Finanzsystem und die Realwirtschaft destabilisieren können. Dies hat die „asiatische Finanzkrise“, die weder asiatisch noch eine reine Finanzkrise ist, wieder demonstriert.

Als Weltpolitik bezeichnen wir das Handeln der Regierungen, soweit es sich auf die Gestaltung globaler Bedingungen richtet. Nach wie vor sind die nationalen Regierungen die wichtigsten Akteure der Weltpolitik, auch und gerade in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen. Es ist wichtig, die nationale Basis der Akteure zu betonen, sind doch die Regierungen abhängig von ihrer jeweiligen nationalen Wählerschaft oder Klientel, und bestimmen sie doch auch wesentlich die Handlungschancen und den Einfluß nationaler Nichtregierungsorganisationen mit. Ihr weltpolitisches Handeln wird bestimmt einerseits durch die national definierten Handlungsspielräume, andererseits durch ihre jeweils spezifische und von ihrer Position in einem hierarchischen Weltsystem abhängige Wahrnehmung globaler Probleme.

1975 begann die Serie der jährlichen „Weltwirtschaftsgipfel“ der Gruppe der 7 wichtigsten Industrienationen, die inzwischen zu einer festen Institution geworden ist. Gleichzeitig verloren die UN, insbesondere durch die Weigerung der USA, ihre Mitgliedsbeiträge zu zahlen und den Internationalen Gerichtshof in sie selbst betreffenden Konfliktfällen anzuerkennen, an Handlungsfähigkeit. Mit der G 7 ist inzwischen ein neues politisches Machtzentrum entstanden, das keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt. Die G 7 beherrscht nicht nur faktisch (wie zuerst im Golfkrieg bewiesen) den Sicherheitsrat, sondern hat auch die Stimmenmehrheit in Weltbank und Währungsfonds und anderen internationalen Organisationen und kontrolliert die NATO.

Neben der ökonomischen und der politischen hat Globalisierung auch eine ökologische Dimension. Was bedeutet „ökologische Verflechtung“? Jede menschliche

Gesellschaft ist, erstens, eingebunden in natürliche Kreisläufe und nimmt darauf mehr oder weniger Einfluß: den Kreislauf des Wassers z.B., oder den CO₂-Kreislauf. Das sind grundsätzlich globale Kreisläufe, auch wenn wir nur lokal an ihnen teilhaben. Ökologisch verflochten ist, zweitens, auch eine Gesellschaft, die außer den Ressourcen ihres eigenen Territoriums noch Ressourcen anderer Länder in Anspruch nimmt, sei es als Rohstoff, den sie importiert (oder exportiert), oder als Abfall, den sie exportiert (oder importiert). Das Ausmaß dieser Verflechtung läßt sich schätzen; die Befunde sind insoweit konsistent, als Menschen in den OECD-Ländern ihre eigenen natürlichen Ressourcen um ungefähr das Zehnfache übernutzen, gemessen am Kriterium des gleichen Anspruchs aller Menschen auf Nutzung natürlicher Ressourcen. Von allen anthropogenen Treibhausgas-Emissionen der letzten 150 Jahre stammen etwa 90 Prozent aus den Industrieländern, um nur ein Beispiel zu nennen. Neben dem Import von Rohstoffen findet die Aneignung außernationaler Ressourcen auch indirekt in Form des Imports von Halb- und Fertigprodukten statt. Durch die Verflechtungen der Weltwirtschaft werden Zusammenhänge zwischen dem eigenen Tun und den daraus resultierenden Folgen enger, aber gleichzeitig undurchschaubarer: Die ökologischen Folgen, die durch den Ressourcenverbrauch der reichen Länder für den globalen Naturhaushalt entstehen (Klimaänderungen, Ozonloch, Artensterben, Belastung der Meere, Waldvernichtung), werden in anderen Weltregionen, oft erst in der Zukunft und in einer Form sichtbar, die sich auf die Ursachen kaum schlüssig und schon gar nicht justitiabel zurückführen läßt.

Unsere Wohlstand wird ermöglicht durch die Weltregionen, die Netto-Exporteure von Umweltleistungen sind, deren eigener Ressourcenverbrauch also geringer ist als die Kapazität des jeweiligen Territoriums. Mit anderen Worten: Deutschland importiert Lebenschancen aus anderen Weltregionen und exportiert Probleme dorthin. Dieser Austausch wird intensiviert und beschleunigt durch zunehmendes Wirtschaftswachstum. Die Triadenländer setzen weltweit ein Entwicklungsmodell durch, das an Wachstum, Marktfähigkeit und internationalem Handel orientiert ist. Durch Zurückdrängen der Subsistenzwirtschaft in den Entwicklungsländern (auch durch die Entwicklungshilfe) wird ein schnelleres Erschließen und Abtransportieren von Bodenschätzen und Naturgütern möglich. Das daraus resultierende Überangebot auf dem Weltmarkt führt zu einem Preisverfall. Die Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank zwingt die Schuldnerländer dazu, ihre natürlichen Ressourcen dem Weltmarkt zugänglich zu machen und sich als Senken zur Verfügung zu stellen. So erklären sich manche Nachfolgestaaten der Sowjetunion bereit, westlichen Atommüll gegen entsprechende Bezahlung (die dann in mafiosen Kanälen verschwinden wird) zu lagern.

Obleich sich das Welteinkommen pro Kopf in den vergangenen fünfzig Jahren verdreifacht hat, ist es zunehmend ungleich verteilt: „Der Anteil der reichsten 20 % der Bevölkerung am Welteinkommen stieg zwischen 1960 und 1991 von 70 auf 85 %; der Anteil der 20 % Ärmsten schrumpfte von 2,3 auf 1,4 %“ (Stiftung Entwicklung und Frieden 1996, 40). Die 358 Vermögensmilliardäre besitzen etwa gleichviel wie die ärmere

Hälfte der Menschheit zusammen (UNDP 1996). Mehr als ein Fünftel aller Menschen lebt unterhalb der Armutsgrenze, ihre Zahl nimmt vor allem in den früheren Ostblockländern rasch zu.

Die Ungleichheit der Lebenschancen – wirtschaftlich, politisch, rechtlich, ökologisch, kulturell – bleibt nicht ohne Folgen. Das sind einmal Konflikte, die im Kern in der Regel Verteilungskonflikte sind, auch wenn sie sich oft als ethnisierte Bürgerkriege darstellen. Zweitens entstehen Wanderungsbewegungen. Schätzungen der Zahl der Menschen, die sich weltweit im Ausland aufhalten, bewegen sich zwischen 70 und 200 Mio., wovon nur rund ein Viertel als legale Arbeitsmigranten gelten. Weltweit haben die Wanderungsbewegungen mit der zunehmenden Polarisierung zugenommen. Den Herkunftsländern gehen insbesondere wirtschaftlich und kulturell aktive Altersgruppen verloren („brain drain“), in den Zielländern wird die Sozialstruktur unterschichtet. Unter Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit und sozio-ökonomischer Polarisierung resultieren daraus Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, soziale Konflikte.

Zusammengefasst und in eine generalisierende Aussage gebracht, hat das, was wir Globalisierung nennen, mit der Entstehung der einen Welt im normativen Sinn einer solidarischen, sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lebensgrundlagen des Planeten bewussten Gemeinschaft gar nichts zu tun. Auch eine Einheit mit tragenden gemeinsamen Institutionen, mit einer gemeinsamen Geschichte, mit verbindenden Kulturelementen lässt sich (analytisch) kaum nachweisen. Es geht gar nicht um die Welt als Ganzes, es geht vielmehr darum, auf welche Weise sich ungefähr ein Fünftel der Weltbevölkerung auf Kosten der anderen vier Fünftel Privilegien bewahren kann. Tatsächlich sind die westlich-kapitalistischen Länder gegenwärtig dabei, sich den Zugriff auf die globalen natürlichen Ressourcen zu sichern und die Lebenschancen in allen anderen Weltregionen drastisch zu verschlechtern. Dabei nehmen auch die Ungleichheiten innerhalb dieser reichen Länder weiter zu. Unter dieser Hypothese erhalten die Wirtschaftskrisen in allen nicht-westlichen Weltregionen (inkl. Japan), erhalten auch die mörderischen Kämpfe in dem am meisten benachteiligten Kontinent (Afrika) eine grausame Logik. Der Begriff „Globalisierung“ verschleiert eine Wirklichkeit, in der Teilungen vertieft und verschärft werden: es ist ein ideologischer Begriff.

2.3 Globale Auswirkungen auf die Stadtentwicklung

Die Zusammenhänge zwischen diesen Vorgängen auf der einen, Stadt- und Regionalentwicklung auf der anderen Seite sind in überaus komplexen Wirkungsketten mit zahlreichen Variablen, Beziehungen, direkten und indirekten, zeitverzögerten und z.T. nur bedingten Auswirkungen zu analysieren. Das lässt sich mit den vorherrschenden Methoden der empirischen Sozialforschung, darin eingeschlossen komplexe Simulationsmodelle, quantitativ nicht behandeln. Auch ein Aufsatz wie dieser kann nicht alle wichtigen Einzel-

aspekte abdecken. Ich will das Thema hier dadurch eingrenzen, dass ich „Stadtentwicklung“ als Aufgabe aktiven Handelns (also nicht als „naturwüchsigen Prozess“) verstehe.

Das erinnert bewusst an einen Diskurs zu Beginn der siebziger Jahre, in dem nach „integrierter Stadtentwicklung“ als einem Instrument verlangt wurde, das die horizontale Integration der lokalen Akteure und die vertikale Integration der unterschiedlichen Handlungsebenen miteinander verknüpfen und auf ein Ziel hin ausrichten wollte. Gesellschaftliche Planung war damals eines der zentralen Themen in den Sozialwissenschaften. Die Wirtschaftskrise 1974 hat diese Debatte abrupt beendet und an ihre Stelle das bescheidene Ziel der „Stadtgestaltung“ gesetzt. Inzwischen ist „Stadtmarketing“ an dessen Stelle getreten: Die Stadt soll fit gemacht werden für den Wettbewerb in einer globalisierten Wirtschaft – praktisch soll sie ihre Standortattraktivität in der Konkurrenz zu anderen Städten so verbessern, dass es ihr gelingt, Unternehmen zur Ansiedlung zu bewegen. Dies schließt Anpassungen der Verwaltungsorganisation ebenso ein wie Werbung, Imagepflege und Kommunikation. Stadtmarketing ist ein ausschließlich angebotsorientierter Ansatz, der einer Philosophie der Standortkonkurrenz und des außeninduzierten Wachstums verhaftet ist. Er argumentiert einzelwirtschaftlich und findet die Analogie zum Denken der Betriebswirtschaftslehre gar nicht unpassend. Daher ist es dieser Auffassung auch herzlich gleichgültig, auf wessen Kosten dieses Wachstum gehen könnte. Das gleicht dem Global Cities-Ansatz. „Globalisierung“ ist hier zum Argument geworden, das die Alternativenlosigkeit kommunalen und regionalen Handelns begründen soll: Eat lunch or be lunch. Die Frage, ob Investitionen und Vorleistungen zur Gewerbeansiedlung sich über längere Frist lohnen, ob an die Stelle der interkommunalen Konkurrenz nicht vielmehr eine Zusammenarbeit zum Nutzen aller treten sollte, um Erpressungsversuchen zu widerstehen, und ob der Entwicklung endogener Potentiale nicht der Vorzug vor dem Kampf um fragwürdige Versprechen auswärtiger Interessenten gegeben werden sollte, wird kaum mehr gestellt. Dabei tanzt diese „Theorie“ auf dünnem Eis, fällt es doch leicht, die neo-liberalen Glaubenssätze von „Beschäftigung durch Wachstum“ und „Investitionen durch steigende Unternehmerrgewinne“ empirisch zu widerlegen. Die Ideologen weigern sich, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, was ihren politischen Erfolg (vgl. die letzten Kommunalwahlen) offenbar nicht beeinträchtigt. Vor allem vermag Stadtmarketing keine praktischen Antworten auf brennende Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Konflikte, Belastungen durch die Sozialausgaben, Erosion der Gewerbesteuer etc. zu geben.

Wiederum wird hier der Begriff „Globalisierung“ in erster Linie ideologisch, in diesem Fall zur Rechtfertigung eines Handelns verwendet, zu dem in der Wahrnehmung der politisch Verantwortlichen keine praktikablen Alternativen zur Verfügung stehen. Dass sie gerade damit das Geschäft der TNU betreiben und in einer Art self-fulfilling prophecy die Probleme erst mit schaffen, für deren Lösung sie einzutreten vorgeben, ist nicht zu verkennen. Insofern hat „Globalisierung“, wie auch immer ideologisch der Gehalt des Begriffes diagnostiziert werden mag, überaus praktische, reale Auswirkungen.

Damit soll nicht verdeckt werden, dass vielfältige Umstände und Entwicklungen überlokaler Herkunft – regional, nationalstaatlich, kontinental, global, und wiederum in unterschiedlichen Anteilen und Verflechtungen – entscheidend für wesentliche Bedingungen von Stadtentwicklung sein können. Natürlich ist richtig, dass TNUs Standorte für ihre Filialen in Städten suchen, und dabei Städte gegeneinander ausspielen. Wer wollte leugnen, dass die Gewerbesteuer als einst wichtigste kommunale Einnahmenquelle aus Gründen nationaler Politik, die wiederum auf internationale Konkurrenz zu reagieren hoffte, kaum mehr kalkulierbar ist? Wem könnte entgehen, dass nationale Sparsamkeit sich auf staatliche Zuweisungen, die wichtigste Finanzierungsquelle der Städte, auswirken muss? Und niemand wird erwarten, dass die Städte in der Lage wären, auf die eigene Armutsentwicklung wesentlich einzuwirken oder grenzüberschreitende Wanderungsströme zu beeinflussen. Vieles kommt als Auswirkung „unten“ an, obgleich kaum jemand ernsthaft zu sagen vermöchte, wo die Ursachen zu lokalisieren seien und wie sie kontrolliert werden könnten.

Neben den überlokalen Bestimmungsgründen der Gewerbeansiedlung und damit zusammenhängend der Beschäftigung, dem Aufkommen von Gewerbe- und Einkommenssteuern und allfälligen Vorleistungen sowie der Kommunalfinanzierung sind zahlreiche andere Faktoren zu nennen, die auf lokaler Ebene nicht gesteuert werden können. Die Bindung lokaler Politik an bundesweit organisierte Parteien, nicht selten auch die Auswahl des Personals für Spitzenpositionen, Wanderungsbewegungen von Einheimischen und AusländerInnen, die Einbindung in überörtliche Verkehrs- und Kommunikationsnetze, Veränderungen in der infrastrukturellen Ausstattung, über die überlokal entschieden wird, der ganze Bereich der übertragenen und Auftragsangelegenheiten – überall lassen sich Belege dafür finden, dass die Städte und Gemeinden in der Regel am receiving end von Entwicklungen hängen, auf die sie keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben, auf die sie aber in ihren eigenen Auffangplanungen reagieren müssen. Dass der Ursprung solcher Entwicklungen meist gar nicht genau feststellbar ist, weil die Wirkungsketten komplex sind und sich oft im Nebel der Globalisierung verlieren, ist dabei für die lokalen Handlungsspielräume ziemlich unerheblich.

Man könnte geneigt sein zu vermuten, dass Globalisierung sich auf Stadtentwicklung umso tiefer und umso schneller auswirkt, je mehr eine Stadt in die Weltwirtschaft eingebunden ist – dies ist der Versuch, aus der Global Cities-Diskussion eine wissenschaftlich gehaltvolle Hypothese zu gewinnen. Aber schon kommen Zweifel: Ist nicht gerade das letzte Dorf, das keinerlei Bindungen an irgendeine Art von Weltwirtschaft, Weltpolitik oder Weltökologie kennt, den Bedingungen der Globalisierung besonders hilflos unterworfen? Wäre nicht die Alternativhypothese zumindest ebenso plausibel, nach der Städte und Regionen mit ausreichend großer Bevölkerung, mit differenzierter Unternehmensstruktur, mit relativ geschlossenen Wirtschaftskreisläufen widerstandsfähiger wären gegen die zufälligen, spekulativen, unkalkulierbaren Entwicklungen der Weltwirtschaft? Wie wären solche Vermutungen zu operationalisieren, wie zu überprüfen?

Die Schwierigkeit, „überlokale“ Einflüsse auf Stadtentwicklung operabel zu definieren, bedeutet weder, dass es diese nicht gibt, noch, dass sich daraus nicht vernünftige Hypothesen bzw. Prognosen gewinnen ließen. Die sind ja auch seit vielen Jahren immer wieder vorgetragen worden (z.B. „Unregierbarkeit der Städte“). Aus heute erkennbaren („überlokalen“) Entwicklungstrends spricht viel für die Vermutung, dass wir in Europa mit einer weiteren Konzentration von Kapital, Unternehmen, Infrastrukturen, Dienstleistungen und folglich auch Menschen im Bereich der „Blauen Banane“ (der Verdichtungszone, die sich von Südostengland über die Rheinschiene bis in die Lombardei zieht) rechnen müssen und dass folglich die dazu peripheren Regionen (mit Ausnahme von „Ausreißern“ wie Paris oder Berlin) tendenziell Entleerungsgebiete sein werden. In der Tat lassen sich in diesen Regionen Desinvestitionen sowohl privater Unternehmen als auch öffentlicher und privater Infrastrukturen feststellen (Post, Bahn, Nahverkehr, Einzelhandel, Schulen, Gesundheitswesen) und weitere Standortnachteile (z.B. Verteuerung der Strompreise für ländliche Regionen in liberalisierten Energiemärkten) für die Zukunft vermuten. Die Negativ-Spirale ist doch klar erkennbar, sie ist theoretisch fundiert und die empirischen Indikatoren liegen vor. Dagegen wirken die BürgermeisterInnenträume wie das Pfeifen im Walde.

Zunächst einmal brauchen TNU, neben günstigen Profitbedingungen und leichtem Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten, eine gut ausgebaute technische und soziale Infrastruktur und ein leicht erreichbares Netz an unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Dies alleine erklärt, weshalb ländliche Regionen trotz aller Vorteile, die sie oberflächlich bieten mögen, als Standorte in der Regel ausscheiden. Es erklärt auch die geringe Attraktivität fast aller Standorte in Ländern der Dritten Welt. Sie werden trotz niedrigerer Löhne als Standorte für Betriebe extern kontrollierter Unternehmen immer weniger attraktiv. Das kann ja bei sinkenden Lohnstückkosten niemanden ernsthaft erstaunen. Also bleibt jüngeren Menschen unter gegebenen Bedingungen nur die Abwanderung – die zirkulär-kumulative Spirale in die passive Sanierung kommt in Gang, die Gunnar Myrdal (1974) theoretisch begründet hat.

Dies vorauszusagen ist ebensowenig schwierig wie die Vorhersage von Gewalt, Extremismus und Krankheit in der Folge von sozio-ökonomischen Polarisierungen. Das ist ja auch vielfach geschehen. Das Problem ist nicht, dass wir nicht wüßten, was unter vorhersehbaren Bedingungen geschehen wird, sondern dass wir trotz dieses Wissens auf dem falschen Weg fortfahren. „Wer in der Werbung täglich vorgegaukelt bekommt, was für ein ‘normales Leben’ nötig ist, aber keine Chance hat, dies durch ehrliche Arbeit zu erreichen – und wer gleichzeitig erlebt, wie die Aktienkurse explodieren, wie sich durch Spekulation riesige arbeitslose Einkünfte ansammeln – wie wird der reagieren? Wer die soziale Polarisierung weiter vorantreibt, der wird in ihrem Gefolge Korruption und Kriminalität, Gewalt und Krankheit, Extremismus und Rassismus finden. Das ist nicht schwer zu prognostizieren. Leute aus der Ecke der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik werden von solchen Phänomenen nicht etwa überrascht, sie kennen sie vielmehr und nehmen sie billigend in Kauf.“ (Hamm 1999, 376)

Freilich ist der Standortvorteil der „Blauen Banane“ weder absolut noch dauerhaft: Der Kostendruck, unter den auch TNUs gesetzt werden, führt zu grundsätzlich prekären Ansiedlungs-, Beschäftigungs- und Einkommensverhältnissen, so dass sich auch dort die sozio-ökonomische Polarisierung weiter fortsetzen wird. Ein „informeller“ wird neben dem „formellen“ Sektor schon deshalb entstehen müssen (faktisch gibt es ihn längst), weil die sinkenden und nicht mehr gleichmäßig fließenden Einkommen Überlebensstrategien (z.B. Schwarzarbeit) erzwingen. Während die in den peripheren Regionen sich ausbreitende Armut eher schleichend und schweigend um sich greift, werden die Polarisierungen in den Agglomerationszonen zu heftigen und gewalttätigen Konflikten führen. Hunderte von empirischen Studien über Prozesse der sozialräumlichen Segregation belegen zweifelsfrei den engen Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Ungleichheit (vgl. Harth/Herlyn/Scheller 1998 und für die Städte in Ostdeutschland, auch die Synthesen bei Dangschat 1998, 1999). Sie beweisen auch, dass ethnisch-kulturelle Segregation nicht per se ein soziales Problem ist bzw. zu Konflikten führt, sondern dass dies vom Ausmaß der Ungleichverteilung in einer Gesellschaft **Stadtentwicklungspolitik wird zum Stadtmarketing** abhängt. Da fehlt es

keineswegs an Forschung und Information – es fehlt am politischen Willen, diese Erkenntnis (wie viele andere) auf praktisch wirkungsvolle Weise anzuwenden.

Die Stadtverwaltungen, sich im Schraubstock interkommunaler Konkurrenz wädhend, haben andere Sorgen. Den Ausfällen bei der Gewerbesteuer, der Arbeitslosigkeit und der Senkung der Realeinkommen, den von höheren Ebenen aufgezwungenen Einsparübungen stehen höhere Kosten aus den Vorleistungen an Unternehmen, an Sozialausgaben gegenüber, die die Handlungsspielräume gegen Null schrumpfen lassen. Und dabei fehlt es den Städten keineswegs an Phantasie: Straßen werden gesperrt, Reparaturen aufgeschoben, Brunnen der Pflege privater Unternehmen übergeben, gekürzt und gespart wird ohnehin an allen Enden, auch Stellen eingespart. Dabei ist erkennbar, dass so das Problem nicht zu lösen ist, dass es sich vielmehr weiter verschärfen muss. „Das Schicksal von Städten wird Manipuliermasse im Kalkül anderer. Vormals öffentliche Aufgaben werden von privaten Interessenten übernommen, während wir beschönigend solche Privatisierung als Verwaltungsreform feiern. Was werden wir gewonnen haben, wenn der Industrie und privaten Sponsoren endgültig die Entscheidung darüber eingeräumt wird, was städtische Kultur sei? Wer kann ernsthaft wollen, dass Menge und Qualität städtischen Trinkwassers vom Verwertungskalkül privater Unternehmen abhängen? Werden der Privatisierung der Gefängnisse (wie in Großbritannien oder den USA) bald auch Privatgefängnisse großer Konzerne folgen?“ (Hamm 1999, 379).

Das „Neue Steuerungsmodell“, erzwungen vom Diktat der Kostensenkung, antwortet auf die neuen Anforderungen damit, dass es einerseits die „Kundenfreundlichkeit“ erhöht (was gewiss an der Zeit ist), andererseits die Fachressorts in betriebswirtschaftlicher Logik zu Unternehmenseinheiten umbauen will, die für ihr eigenes Budget und für ihren eigenen

Betriebserfolg verantwortlich sind („profit centers“). Selbst innerhalb z.B. der Stadtwerke soll die Quersubventionierung zwischen Energie und Verkehr nicht mehr möglich sein, die bis anhin als Vorteil gesehen wurde. Das ist nachvollziehbar, zumal wenn sich in den Energiebereich große Energieversorgungsunternehmen eingekauft haben, aber es ist nicht vernünftig. Wo immer möglich wird privatisiert, nicht nur an Aufgaben, sondern vor allem an Vermögen. Mit den Erlösen werden die Gewinne privater, profitorientierter Unternehmen finanziert bzw. Haushaltslöcher gestopft. Die Verselbstständigung der Ressorts bedeutet faktisch, dass die Ressortegoismen gestärkt, die Integration der Fachpolitiken auf gemeinsame Ziele hin noch schwieriger geworden ist – das Leitbild integrierter Stadtentwicklungspolitik wird zum dünnen Aufguss des „Stadtmarketing“ verwässert. Wie kaum ein anderer signalisiert dieser Begriff die neo-liberale Logik, die hier durchgesetzt werden soll: Die Städte sollen sich den Unternehmen devot anbieten, ihre Standortvorteile, also deren Profitchancen, zum zentralen Kriterium kommunaler Politik machen. Die Hoffnung auf Investitionen, Beschäftigung und Steuereinkünfte erfüllt sich selten. Bilanziert man die tatsächlich erreichten Effekte neuer Ansiedlungen (wo es sie denn überhaupt gibt), dann überwiegen die Vorleistungen in der Regel bei weitem, die Nettogewinne bleiben bei den Unternehmen, die Verluste werden sozialisiert. Dabei insistiert Stadtpolitik – übrigens nahezu unabhängig von der Mehrheitspartei – in uniformer ideologischer Verblendung darauf, dass es Alternativen angesichts der Globalisierung nicht gebe.

Ganz gewiss hätte es ohne diese ideologischen Nebelbomben ausreichend Gründe dafür gegeben, die völlig überbürokratisierten öffentlichen Institutionen und Verfahren zu entrümpeln, zu deregulieren, zu privatisieren. Der Rückbau von Herrschaft, von Kontrollmechanismen, die Zähmung des Amtsschimmels hätte im Interesse der Mehrheit der Menschen in der Tat einen hohen Stellenwert einnehmen können. Aber das hätte natürlich Arbeitsplätze gekostet. Abgebaut aber wurden zuerst demokratische Beteiligungs- und Einwirkungsmechanismen, so z.B. mit der Vereinfachung der Bauleitplanung und der Baugenehmigungsverfahren. Keine dieser Einsichten ist übrigens neu. Obgleich dies alles vorhersehbar ist und seit vielen Jahren vorhergesehen wird, ist keine durchsetzungsfähige Koalition in Sicht, die in der Lage und willens wäre, die Trends zu verändern.

Ironischerweise ist auch der einzige Widerstand, der sich gegen diese Entwicklungen richtet, ein Ausfluss von Globalisierung: Die Lokale Agenda 21, die als überraschendes und innovatives Element sich an vielen Orten als Bewegung der BürgerInnen regt, ist von der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung mit der Agenda 21 in Gang gebracht worden. Dort wird vorgeschrieben (Kap. 28), in einer breiten Konsultation mit den BürgerInnen sollten die Städte und Gemeinden über den richtigen Weg entscheiden, die Agenda 21 auf kommunaler Ebene umzusetzen. Da sind es ja die BürgerInnen, die nun plötzlich und überraschend Globalisierung einfordern, wo die Regierungen sie verweigern wollten. Da protestiert nun die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen gegen die vielen Formen der Ausbeutung und für Gemeinwohl, ein globales nämlich.

3 Globalisierung als Folge von Stadtentwicklung

Alles, was wir über globale Krisen herausfinden können, hat seine Ursachen in Vorgängen auf der lokalen Ebene. Es gibt keine Extraktion, keinen Verbrauch, keine Belastung natürlicher Ressourcen, die nicht an einem bestimmbar Ort und nach den dort spezifischen Bedingungen und Regeln stattfänden. Wie korrupt auch immer die nationale Regierung Kambodschas sein mag, die Vernichtung der Wälder, aus denen sie wie vor ihr schon die Roten Khmer ihre Profite zieht, ist am Ende ein lokaler Vorgang. Ereignisse oder Prozesse, die im Einzelfall relativ bedeutungslos erscheinen, können sich dennoch zu globalen Problemen, etwa dem Ozonloch, dem Treibhauseffekt, der Vernichtung der Artenvielfalt aufsummieren. Das soll nicht verwischen, dass die Herausbildung von Transnationalen Unternehmen eine Enträumlichung von Unternehmensentscheidungen zur Folge hat, dass es internationale Regime und Finanzbeziehungen gibt, dass Kostendruck nach unten weitergegeben wird. Der Shareholder Value lässt sich räumlich nicht definieren. Seine Maximierung aber bedeutet konkret, am Ort des TNU-beherrschten Betriebes, Kostensenkung zu Lasten von Menschen und Umwelt. Lokale Politik kann europäische, nationale oder Länderpolitik nicht ersetzen, aber sie muss sie in Praxis umsetzen, und sie hat dabei eigene Spielräume und Möglichkeiten der Gewichtung. Was auf der lokalen Ebene nicht geschieht, kann zur globalen Lösung nicht beitragen. Auch wenn wir zögern, die Tatsache anzuerkennen: Die wahre Einheit der Welt besteht darin, dass eben doch alles mit allem zusammenhängt, dass nichts geschieht, das nicht auch Folgen haben wird, dass es eben nicht gleichgültig ist, was wir lokal tun oder unterlassen. Alle Konsequenzen solcher Entscheidungen fallen schließlich auf einer lokalen Ebene an. Manche freilich werden erst räumlich und/oder zeitlich weit entfernt von ihrem Ursprungsort spürbar.

Da, nämlich lokal, wird gepokert um günstige Standortbedingungen – Gewerbesteuern, Grundstücke, Erschließung, Umweltauflagen, Arbeitsschutz etc. Da werden Städte gegeneinander ausgespielt, da wetteifern sie miteinander um die Rolle des Dienstleistungszentrums, Unterwürfigsten (und münzen dies gar noch in politische Tugend um). Bei aller Faszination, die von der Globalisierungsdebatte ausgehen mag, ist daher die Umkehrung der Fragestellung keineswegs nebensächlich, möglicherweise gar ein Schlüssel für zukunftsorientiertes Handeln.

Der Verweis auf Globalisierung muss meist dafür herhalten, die Alternativenlosigkeit des eigenen lokalen Handelns zu begründen; kaum einE BürgermeisterIn oder WirtschaftsdezernentIn, der/die nicht von diesem Argument Gebrauch gemacht hätte, um auf möglichst günstige Standortbedingungen für Unternehmen, auf Stadtmarketing hinzuwirken. Dass aber Städte und Gemeinden auch Verantwortung tragen für das Entstehen und das Fortbestehen globaler Krisen wird kaum diskutiert – darauf hat eindringlich

Mit dem Verweis auf Globalisierung wird die Alternativlosigkeit des eigenen lokalen Handelns begründet

erst die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro 1992) aufmerksam gemacht. In der dort von den Staats- und Regierungschefs unterzeichneten Agenda 21 wird dies formell anerkannt. Ihr Kapitel 28 ist Grundlage und Legitimation für eine der eindrucksvollsten BürgerInnenbewegungen geworden, die in den westlich-kapitalistischen Ländern beobachtet werden konnten. Kaum eine Stadt, kaum eine Gemeinde, kaum eine Region in diesem Teil der Welt wird nicht mit der Forderung nach einer Lokalen Agenda 21 (LA21) konfrontiert.

Etwa 3.000 Städte und Gemeinden in 65 Ländern haben mit einem LA21-Prozeß begonnen, viele davon sind in einem „fortgeschrittenen Stadium“ (International Council for Local Environmental Initiatives, ICLEI). Über 80 % aller Aktivitäten geschehen in elf (reichen) Ländern, wenige in Schwellenländern, kaum etwas in Entwicklungsländern. In Europa hat die Bewegung begonnen mit der „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“ (Aalborg-Charta), die im Mai 1994 von zunächst 80 Städten unterzeichnet wurde. Der „Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden“ gehören heute knapp 2.000 Kommunen an. Sie verpflichten sich, das Mandat des Kapitels 28 der Agenda 21 zu erfüllen und die LA21 zu einem verbindlichen Bestandteil der Kommunalpolitik zu machen. In Deutschland hat die erste LA21-Veranstaltung in Köpenick 1995 stattgefunden (dort haben sich seither viele Engagierte der ersten Stunde inzwischen frustriert aus dem Prozess zurückgezogen). Inzwischen sehen 600 Städte und Gemeinden (das sind weniger als 4 % der 16.000 deutschen Gemeinden) die Entwicklung einer LA21 als ihre Aufgabe an, was freilich praktisch eine grosse Bandbreite von faktischem Handeln einschließt. Es gibt eine Unzahl von Arbeitskreisen und Foren, von öffentlichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen; Projektteams und Runde Tische werden gebildet, Fachbeiräte und Ideenwerkstätten in Gang gebracht, Konzeptpapiere, Leitlinien und Handlungsprogramme werden geschrieben, es wird debattiert, vernetzt und koordiniert, unterschrieben und verabschiedet, berichtet, getagt und moderiert, Konsultationen werden durchgeführt und Konfliktlösungsmechanismen ausprobiert, manchmal sogar Gelder bewilligt. Da werden Mittel bereitgestellt und (Agenda-)Büros eingerichtet, Energiebilanzen erstellt, Beteiligung organisiert. Kaum eine Stadt, die nicht auf entschiedene Aktivität verweisen kann.

Und dennoch: Selbst die Dinge, die von den Städten in eigener Kompetenz und Verantwortung geschehen könnten (z.B. Ökologisierung der Rathäuser und öffentlichen Gebäude nach dem Stand der technischen Möglichkeiten), geschehen selten oder nicht. Dem Aktivismus auf dem Papier steht wenig praktisches Handeln gegenüber. Häufig entsteht der Eindruck, dass das Verfassen von Berichten, das Herbeiführen von Stadtratsbeschlüssen, die Einrichtung von LA21-Beauftragten oder die Bereitstellung finanzieller Mittel wirkungsvolle praktische Aktionen nicht vorbereiten, sondern ersetzen.

In vielen Städten erscheint LA21 lediglich als ein neues Etikett für etwas, das sie in den Fachressorts „schon immer gemacht haben“ (Verkehrsplanung, Stadtplanung etc.), und das sich auch nicht wirklich verändert. Die für einen wirkungsvollen LA21-Prozess nötige

Integration der Ressortpolitiken auf das Ziel Ressourcenschonung hin findet nicht statt. Vielmehr werden unter den neuen Modellen der Verwaltungsorganisation („Neues Steuerungsmodell“) die Fachressorts gestärkt und verselbständigt mit der Folge, dass sich ihre Politiken teilweise wechselseitig aufheben. Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing treten in den Vordergrund. Die von der LA21 beabsichtigte langfristige kommunale Wirtschaftspolitik fällt den kurzfristigen Wachstumszwängen der Unternehmen und der Ansiedlungskonkurrenz zwischen den Kommunen zum Opfer. Umweltbeauftragte mit in der Regel schwachen Kompetenzen und Mitteln sind zur Ressortintegration gar nicht in der Lage, müssen aber in der Öffentlichkeit das wenige, das sie tun können, stellvertretend für die ganze Stadtverwaltung zum LA21-Erfolg herausputzen.

Die in der LA21 verlangte BürgerInnenbeteiligung findet entweder nicht statt, oder sie beschränkt sich weiterhin auf die ohnehin beteiligten organisierten Interessengruppen. Der globale Zusammenhang, der die LA21 begründet, ist dabei häufig unbekannt und unbewusst, noch häufiger abstrakt geblieben. Der übermäßige Ressourcenverbrauch der wohlhabenden Länder und die Tatsache, dass sie die Regeln der Weltwirtschaft diktieren, werden kaum thematisiert. In der öffentlichen Debatte wird Nachhaltige, Zukunftsfähige Entwicklung meist mit Umweltschutz verwechselt. Die ökonomische Dimension wird zu „nachhaltigem (im Sinn von stetigem) Wachstum“ in ihr Gegenteil verfälscht, die soziale Dimension verschwindet meist völlig, der Zusammenhang zwischen den Dimensionen geht verloren.

Zynikern erscheint die LA21-Debatte als bewusst zugestandene Spielwiese für arbeitslose SoziologInnen, GeographInnen, ModeratorInnen. Sie dürfen Erklärungen ausarbeiten, Berichte schreiben, Handlungskonzepte entwerfen – folgenlos. Folgenlos einmal, weil nicht nur die Mittel, sondern auch der politische Wille zur Durchsetzung fehlen. Folgenlos aber auch, weil die Rahmenbedingungen und das ideologische Umfeld solches Handeln meist gar nicht erlauben. Selbst ein Stadtratsbeschluss verändert noch nicht die Wirklichkeit, gibt den Gruppen aber das Gefühl, Einfluss genommen zu haben. Ziel ist es, arbeitslose AkademikerInnen ruhigzustellen und zu beschäftigen, ohne dass sie damit viel „Schaden“ anrichten. Sollte dies dennoch praktisch Folgen nach sich ziehen, lässt sich ein anderes Thema erfinden, auf das man die Meute hetzen kann.

Wer noch nicht alle Hoffnung aufgegeben hat, wird einer anderen Interpretation zuneigen: Die Bundesregierung war zwar entschlossen, ihrer Unterschrift unter die Agenda 21 kein Handeln folgen zu lassen – aber die Gesellschaft folgt ihr gerade darin nicht, im Gegenteil übt sie zivilen Ungehorsam, stößt und drückt und fordert sie, dass die Selbstverpflichtung auch eingelöst wird. Dafür spricht, dass in den weitaus meisten Fällen die LA21-Debatte von zivilgesellschaftlichen Gruppen angestoßen wird und die Verwaltungen sich dieser Diskussion nur zögerlich und widerwillig stellen. Dann wird man die bestehende Diskrepanz zwischen Erklärungen einerseits und Handeln andererseits verstehen müssen als Ausdruck eines weitherum bereits veränderten Bewusstseins, das den Nährboden bereitet für die Reformen, die unumgänglich sein werden, denen sich aber die

Entscheidungseliten (noch) verschließen. Dann wäre ein neues, ein stark zivilgesellschaftlich orientiertes Gesellschaftsmodell bereits im Aufbau, während die „Dinosaurier“ der alten Gesellschaft im blinden „Rette-sich-wer-kann“ versuchen, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen

4 Wohin müssen wir wollen?

Die auf den Prinzipien Marktwirtschaft und Mehrheitsdemokratie gebaute Weltgesellschaft mag zwar, gemessen an den üblichen Indikatoren, wirtschaftlich erfolgreich sein, sie ist aber nicht zukunftsfähig (sustainable): Weder garantiert sie allen Menschen ein würdiges Auskommen, noch demokratische Teilhabe, noch ist sie in der Lage, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Im Gegenteil: Alle Indikatoren deuten auf eine scharfe Polarisierung zwischen Arm und Reich hin, die Zerstörung der Umwelt schreitet ungebremst fort, Verletzungen der Menschenrechte nehmen zu. Diese Weltgesellschaft läßt zugleich mit dem Prozeß ihres Entstehens Symptome einer tiefen Krise erkennen. Sie ist zutiefst gespalten, von Verteilungskämpfen erschüttert, und sie lebt auf Kosten künftiger Generationen.

Ein Status-quo-Szenario für die Entwicklung der Städte ist nicht schwer abzuleiten: Die weltweite Konzentration von Unternehmen wird sich in Form weiterer Filialisierung, die weltweite Spekulation wird sich in Form von steigendem Kostendruck, die weltweite Polarisierung von Arm und Reich wird sich als lokale und regionale Polarisierung und Zunahme von Migrationsströmen, die Staatsverschuldung wird sich als fortgesetzte Verarmung der öffentlichen Haushalte und Abnahme der Handlungsfähigkeit niederschlagen, was immer die sonstigen Bedingungen sein mögen. Wer die soziale Polarisierung weiter vorantreibt bzw. nicht verhindert, der wird in ihrem Gefolge Korruption und Kriminalität, Gewalt und Krankheit, Extremismus und Rassismus finden. Das ist nicht schwer zu prognostizieren. All dies steht dem Ziel einer zukunftsfähigen Entwicklung der Städte und Regionen entgegen.

In der abnehmenden Steuerungsfähigkeit liegt aber auch eine Chance: Die Zivilgesellschaft bekommt Luft zur Abkopplung, Selbstorganisation und Ressourcenschonung, und dies ist unter friedlichen Bedingungen möglich, wenn der Staat die verbleibende Handlungsfähigkeit insbesondere dem sozialen Ausgleich widmet (Hamm, Neumann 1996).

Daraus ergeben sich definierbare Aufgaben, die sich nicht an eine sozialwissenschaftliche Teildisziplin, sondern an die Sozialwissenschaften insgesamt richten:

Was ist das: die gute, die erstrebenswerte, die lebens-, gar die liebenswerte, die nachhaltige Stadt? Wie müssen wir Stadtentwicklung – als kollektive Aufgabe – orientieren, um eine Chance zu haben, sie gegen die bestehenden Trends hin zu ökologischer Nachhaltigkeit, ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit zu beeinflussen? Wie

gewinnen wir daraus Handlungsorientierungen für die Praxis? Was nützt uns unser Verständnis von Gesetzen der Stadtentwicklung, wie können wir sie für die Gestaltung lebenswerter Zukünfte einsetzen? Die Städte und Gemeinden, und damit die Lokale Agenda 21, sind von entscheidender Bedeutung für jede Lösung des Problems globaler Zukunftsfähigkeit. Das ist der Sinn der Formel „global denken, lokal handeln“.

Stadt ist die den heutigen (historischen) Menschen spezifische Weise, ihren Stoffwechsel mit der Natur zu organisieren. Ökologisch angemessen wäre eine Definition von Stadt, die am Stoff- und Energiedurchsatz ansetzt. Alles, was Stadtmenschen zum Überleben benötigen, muß importiert werden, und alles, was sie ausscheiden, wird exportiert. Stadt ist Stoffwechsel, Metabolismus. Zukunftsfähige Stadtentwicklung heißt daher, das Stoffwechselorgan „Stadt“ mit einem möglichst geringen Durchsatz an natürlichen Ressourcen zu betreiben. Wir wissen sehr wohl, was geschehen müsste; aber es handelt sich um einen Konsens per Abstraktion. Wer hätte schon ernsthaft vorgeschlagen, den Verbrauch fossiler Energieträger auf Null zu reduzieren? Wie ließe sich die Regenerationsfähigkeit von Pflanzen in den zulässigen Bedarf an Papier etwa der europäischen Werbeindustrie umrechnen?

Zudem geht es nicht nur darum, nach innen den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu minimieren; gleichzeitig müssen global die Bedingungen für einen gerechten Ausgleich geschaffen werden, und dies verlangt nach einer drastischen Änderung in der internationalen Politik der westlichen Länder insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen (G 7, IWF, Weltbank, GATT/WTO, OECD etc.), aber auch in vielen bilateralen Beziehungen (Entwicklungshilfe). Die Agenda 21 bietet einen reichhaltigen Katalog der notwendigen Maßnahmen. Das alles wird, wenn wir es ernsthaft angehen, unsere Länder Arbeitsplätze und Einkommen kosten. Das ist im Kern auch richtig, weil wir in global nicht verantwortbarem „Luxus“ leben – aber es verschärft die Verteilungskämpfe in unseren Gesellschaften. Dieser Konflikt muss bewältigt werden in Gesellschaften, die in Zukunft nicht mehr auf Vollbeschäftigung hoffen können.

notwendig ist ein Wandel der Planungskulturen

Zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung wird nur wirklich und praktisch wirksam in Gang kommen, wenn es gelingt, (a) stärker auf Selbstversorgung und Selbstorganisation zu setzen, (b) dafür geeignete infrastrukturelle Bedingungen herzustellen, (c) Nachhaltigkeit und die Lösung des Beschäftigungsproblems miteinander zu verknüpfen, (d) einen Kontrollmechanismus zur Darstellung der Fortschritte nach innen und für die Öffentlichkeit zu schaffen. Das ist möglich, wenn auch nicht unter neoliberalen Vorgaben. Es fehlt dazu weder an technischen Rezepten und rechtlichen Instrumenten, noch an der Zugänglichkeit von Informationen, noch am nötigen Bewusstsein der Bevölkerung. Die Niedrigenergie-Stadt, die Stadt der kurzen Wege, die abfallarme Stadt, die Stadt des Neuen Wohlstandsmodells – sie ist möglich, aber sie entsteht nicht von selbst und schon gar nicht aus den „Marktkräften“. Die wichtigste ungelöste Frage richtet

sich auf die Gestaltbarkeit der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die praktische Anwendung des vorhandenen ökologischen Wissens wahrscheinlich wird. Es fehlt entschieden am nötigen Bewusstsein der politischen Klasse, am politischen Willen, am Denken über Wahlperioden hinaus. Die politische Klasse weigert sich, ihre ureigene Aufgabe wahrzunehmen: Perspektiven zu entwickeln, wie Städte unter den erkennbaren Anforderungen der Zukunft lebenswert für alle gestaltet werden können. Wahrscheinlich wird es nötig sein, dafür auch die Entscheidungsprozesse selbst zu reformieren.

Notwendig ist ein Wandel von Planungskulturen. Wie kommen wir weg von der obrigkeitsstaatlichen, anmaßenden Planung von oben, die faktisch nur das Gekungel in den Hinterzimmern deckt? Unter welchen Bedingungen lassen sich die Mitentscheidungsanforderungen der Bevölkerung erweitern? Wie lässt sich der lokale Sachverstand nutzen? Welche Rollen können InvestorInnen, ArchitektInnen, PlanerInnen, MeinungsführerInnen dabei spielen, auf welche Widerstände werden sie dabei treffen? Wie lassen sich die übermächtigen Profitinteressen bändigen, den Interessen und Nöten der lokalen Bevölkerungen mehr Gewicht verschaffen (empowerment)? Welche institutionellen Änderungen sind dafür nötig – vom Boden-, Bau- und Planungsrecht bis zu den Partizipationsverfahren, von den Ausbildungsinhalten bis zu den Honorarordnungen der Architekten, Ingenieure und Juristen, und in den politischen Kulturen der beteiligten Ebenen? Ist Deregulierung geeignet, empowerment zu begünstigen, und wie müsste sie dann betrieben werden? Wie begründet sich die Forderung nach Partizipation, wenn demokratisch gewählte Körperschaften ihren Auftrag gewissenhaft erfüllen? Damit kommt eine Debatte wieder auf, die in den sechziger und frühen siebziger Jahren überaus intensiv geführt, die aber faktisch im Gefolge des ersten Ölpreisschocks 1974 abgebrochen wurde.

Wenn der eigentliche Engpass in der Kluft zwischen verfügbarem Wissen auf der einen, möglichem Handeln auf der anderen Seite liegt, dann spricht dies für die Vermutung, dass wichtige Aspekte gesellschaftlicher Organisation: Interessen und die Chance ihrer Durchsetzung, Macht, Entscheidungsprozesse bisher zu wenig Beachtung gefunden haben. SozialwissenschaftlerInnen haben in der Regel eine überaus naive Vorstellung von solchen Vorgängen, und sie werden auch nur sehr selten Gegenstand empirischer Untersuchungen (als wichtige Ausnahme erwähne ich Scheuch und Scheuch 1992). Spätestens seit David Harvey (1973) sind diese Themen auch in die Geographie eingeführt worden. Es geht mir dabei weniger um die Frage, auf welche Weise sich der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis von Politik und Wirtschaft verbessern ließe, als um ein wissenschaftliches Verständnis dieser Praxis selbst. Das aber wäre eine wichtige Grundlage für die Forderung nach mehr Transparenz, Demokratie, Beteiligung, für die Fortsetzung des Projekts der Aufklärung.

Wir müssen uns danach fragen, ob wir selbst nicht mehr Teil des Problems als Teil seiner Lösung sind. Wir waren und sind relativ erfolgreich, wenn es darum geht, gesellschaftliche Probleme und Krisen für unsere eigenen Zwecke auszubeuten, und sind damit

am Fortbestehen solcher Probleme interessiert. Das vorherrschende analytisch-positivistische wissenschaftstheoretische Paradigma unterstützt diese Haltung. Aber es hat auch wenig zu praktischen Problemlösungen, gar zu solchen von der Dimension des Sustainability-Problems, beizutragen. In den Sozialwissenschaften ist eine erneute Debatte darüber nötig, wo die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieses Paradigmas liegen und welche Alternativen auf welchen Wegen gefördert werden könnten. Der Positivismusstreit (Adorno et al. 1968) ist keineswegs zu Ende. Auch wenn er derzeit kaum geführt wird, sei doch an m.E. mehr (z.B. Wallerstein 1995) oder weniger (z.B. Gerstein et al. 1988) fruchtbare Beiträge dazu erinnert.

Es scheint mir nötig, in die Sozialwissenschaften eine stärkere Zukunftsorientierung einzuführen in dem Sinn, dass wir unsere Fragestellungen in Lehre, Forschung und Beratung weniger an vergangenen Entwicklungen und mehr an vor uns liegenden Szenarien und Aufgaben orientieren. Dabei sollten Futures Studies (Masini 1993) – nur missverständlich übersetzbar als Zukunftsforschung oder Futurologie – weniger zu einer neuen Spezialdisziplin als vielmehr zu einem selbstverständlichen Element allen sozialwissenschaftlichen Denkens werden. Besonderes Gewicht sollte auf heute schon erkennbaren strukturellen Wandlungen einerseits, auf Brüche und diskontinuierliche Entwicklungen und die alternativen Wege, die sie eröffnen, andererseits gelegt werden.

Schließlich sollten SozialwissenschaftlerInnen sich auch als Lobby organisieren und auftreten können, wenn sie besonders wichtige Projekte vorzuschlagen haben, denen sonst wenig Gehör geschenkt wird. Ich will ein Beispiel für ein solches Projekt nennen: Die physisch-bauliche Infrastruktur in den Städten der früher sozialistischen Länder ist überwiegend in einem bejammernswerten Zustand. Das hat nicht nur Auswirkungen auf den Alltag der dort Lebenden und Arbeitenden, es folgen daraus auch enorme Belastungen für die globale Ökologie. Es wäre überaus wichtig, wenn der Transformationsprozess mit allen damit verbundenen Finanzierungs- und Beratungshilfen in den Dienst der ökologischen Sanierung der Städte gestellt würde, verbunden mit der damit erforderlichen Ausbildung von Handwerkern, der Beschäftigung von Arbeitslosen, der Schulung von Jugendlichen. Es wäre verheerend, wenn der bestehende gigantische Erneuerungsbedarf verschleppt oder wenn er nach Rezepten der Vergangenheit angegangen würde.

Bei aller kritischen Distanz gegenüber der bisherigen wissenschaftlichen Behandlung des Problems, auf welche Weise künftigen Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen werden könnte, bleiben daher viele Fragen, die gründlicher sozialwissenschaftlicher Behandlung bedürfen. Aber sie dürften nur von einer anderen Sozialwissenschaft zu bewältigen sein als der, die wir hier und heute vorfinden.

Literatur

- Adorno, T. W. et al. (Hg.) 1968: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Darmstadt.
- Andersen, N. 1961: Die Stadt als Objekt und als Paradigma. In: R. König (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 1. Stuttgart.
- Atteslander, P., B. Hamm (Hg.) 1974: Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln.
- Bartels, D. 1970: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Wirtschafts- und Sozialgeographie. Köln.
- Bogue, D. 1948: The Structure of the Metropolitan Community: A Study of Dominance and Subdominance. Ann Arbor.
- Burgess, E. W. 1925: The Growth of the City. In: R. E. Park, E. W. Burgess, R. D. McKenzie (Hg.): The City. Chicago.
- Castells, M. 1973: La question urbaine. Paris.
- Dangschat, J. 1998: Segregation. In: H. Häußermann (Hg.): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen.
- Dangschat, J. (Hg.) 1999: Modernisierte Stadt – gesplante Gesellschaft. Opladen.
- Duncan, O. D. 1959: Human Ecology and Population Studies. In: P. M. Hauser (Hg.): The Study of Population. Chicago.
- Friedmann, J., G. Wolff 1982: World City Formation: An agenda for research and action. International Journal for Urban and Regional Research 6. S. 309-344.
- Friedmann, J., 1986: The World City Hypothesis. Development and Change 17. S. 69-83.
- Gerstein, D.R. et al. (Hg.) 1988: Sozialwissenschaften für morgen. Berlin.
- Gibbs, J. P., W. T. Martin 1958: Urbanization and Natural Resources. American Sociological Review 23. S. 266-277.
- Gibbs, J. P., W. T. Martin 1959: Toward a Theoretical System of Human Ecology. Pacific Sociological Review 2. S. 29-36.
- Gibbs, J. P., W. T. Martin 1962: Urbanization, Technology, and the Division of Labor. American Sociological Review 27. S. 667-677.
- Hall, P. 1966: World Cities. London.
- Hamm, B. 1982: Social Area Analysis and Factorial Ecology: A Review of Substantive Findings. In: G. A. Theodorson (Hg.): Urban Patterns. University Park.
- Hamm, B. 1984: Aktuelle Probleme sozialökologischer Analyse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36. S. 277-292.
- Hamm, B. 1987: Soziale Segregation im internationalen Vergleich. (=SRP Arbeitspapier Nr. 12) Trier.
- Hamm, B. 1996: Struktur moderner Gesellschaften. Ökologische Soziologie. Band 1. Opladen.
- Hamm, B. 1998a: Internationale Verflechtung und Globalisierung. In: B. Schäfers und W. Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen.
- Hamm, B. 1998b: Ökologie und die Zukunft der Stadt. In: U. E. Simonis et al. (Hg.):

- Jahrbuch Ökologie 1999. München.
- Hamm, B. 1999: Globale Entwicklungstendenzen und Krisen. In: W. Glatzer, I. Ostner (Hg.): Deutschland im Wandel – sozialstrukturelle Analysen. Opladen.
- Hamm, B., I. Neumann 1996: Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie. Ökologische Soziologie Band 2. Opladen.
- Harth, A., U. Herlyn, G. Scheller (Hg.) 1998: Segregation in ostdeutschen Städten. Opladen.
- Harvey, D. 1973: Social Justice and the City. Baltimore
- Hauchler, I. (Hg.): Globale Trends 1998. Frankfurt/M.
- Häußermann, H., F. Roost, 1998: Globalisierung, Global City. In: H. Häußermann (Hg.): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen.
- INURA (International Network for Urban Research and Action) (Hg.) 1998: Possible Urban Worlds. Urban Strategies at the Ende of the 20th Century. Basel.
- Läpple, D. 1998: Ökonomie. In: H. Häußermann (Hg.): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen.
- Masini, E. B. 1993: Why Futures Studies? London.
- Myrdal, G. 1974: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Frankfurt/M.
- Oswald, H. 1962: Die überschätzte Stadt. Freiburg.
- Quinn, J. A. 1950: Human Ecology. New York.
- Portes, A., H. L. Browning 1976: Current Perspectives in Latin American Urban Research. Austin.
- Riemer, S. A. 1952: The Modern City. New York.
- Sassen, S. 1991: The Global City. Princeton.
- Saunders, P. 1981: Social Theory and the Urban Question. New York.
- Scheuch, E. W., U. Scheuch 1992: Cliques, Klüngel und Karrieren. Reinbek.
- Schwarte, M., C. Winkelkötter 1999: Perspektivenwechsel in der Geographie? Eine qualitative Studie zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis in der räumlichen Planung. (Diplomarbeit Uni Trier) Trier.
- Sly, D. F. 1972: Migration and the Ecological Complex. American Sociological Review 37. S. 615-628.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) 1996: Globale Trends 1996. Frankfurt/M.
- Theodorson, G. A. (Hg.) 1961: Studies in Human Ecology. Evanston.
- Theodorson, G. A. (Hg.) 1982: Urban Patterns. University Park.
- UNDP (United Nations Development Programme) 1996: Human Development Report. Geneva.
- Wackernagel, M., W. B. Rees 1997: Der ökologische Fußabdruck. Basel.
- Wallerstein, I. 1995: Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“. Weinheim.
- Wolff, R. 1999: Popular Planning in King's Cross, London. Kommunikative Vernunft im Stadtentwicklungsprozess. (Diss. ETH Zürich) Zürich.